

10.10.2011

Vorgänge rund um die Demonstrationen in Dresden im Februar 2011 erfordern bundesweite Aufmerksamkeit

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie ist entschieden, die vielfältigen staatlichen Verstöße gegen Grundrechte der Bürger und Bürgerinnen, die im Vorfeld, während und nach den Demonstrationen in Dresden Anfang Februar 2011 verübt wurden, zum Thema zu machen und kritisch aufzuarbeiten.

Die Gegendemonstrationen und Sitzblockaden, die sich gegen die jahrelange Instrumentalisierung der Bombardierung Dresdens durch NPD-Anhänger, Kameradschaften und andere richteten, wurden von Politik und Polizei von vornherein kriminalisiert und mit Verbotsauflagen belegt. Mit Wasserwerfern und Pfefferspray, Gaskartuschen und Schlagstöcken wurde gegen Demonstrierende vorgegangen. Am 19. Februar selbst wie auch in den Monaten danach fanden mehrfach Hausdurchsuchungen statt, von denen auch Bürger und Bürgerinnen in anderen Bundesländern betroffen waren. Verfahren nach §129 StGB waren schon im Vorfeld eingeleitet worden. Eine großangelegte Funkzellenabfrage und der Einsatz der IMSI-Catcher wurden erst im Verlauf dieses Sommers bekannt. Das Ausmaß ist nur durch die hartnäckige Recherche von verschiedenen Seiten erkennbar geworden. Das Grundrechtekomitee nimmt gerne Hinweise auf darüber hinausreichende Materialien oder Zusammenhänge auf.

Am Sonntag, 9. Oktober 2011, hat sich die „Untersuchungskommission 19. Februar“ in Dresden konstituiert. Bürgerrechtler und Bürgerrechtlerinnen, Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen, Vertreter und Vertreterinnen aus diversen Aktionszusammenhängen und aus Landesparlamenten werden die Vorgänge aufarbeiten, Fakten zusammenstellen und bezüglich ihrer grundrechtlichen Dimension bewerten.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie nimmt diese Arbeit vor dem Hintergrund seiner über dreißigjährigen Erfahrung von Demonstrationsbeobachtungen auf. Die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit gilt es um der Demokratie willen immer wieder neu zu verteidigen.

gez. Corinna Genschel, Wolf-Dieter Narr, Elke Steven

Für Rückfragen:

Elke Steven: 0221 97 26 930 oder 0177 76 21 303

(<http://www.grundrechtekomitee.de/node/432>)

17.10.2011

Wahlumfrage: NPD Sachsen fliegt aus Landtag

Verfasst von [Oliver Cruzcampo](#)

Wäre am Sonntag Landtagswahl in Sachsen, flöge die NPD aus dem Parlament. In einer aktuellen Umfrage des Leipziger Instituts für Marktforschung kommt die NPD nur noch auf drei Prozent. Die FDP käme nur noch auf zwei Prozent – Gewinner wäre wie zuletzt in Berlin die Piratenpartei.

Das Leipziger Institut für Marktforschung hatte im Auftrag der [Leipziger Volkszeitung](#) vom 4. bis 7. Oktober 1.001 repräsentativ ausgewählte Wahlberechtigte aus ganz Sachsen befragt.

Dabei setzt die rechtsextreme NPD ihre Talfahrt fort. Kam sie bei der Landtagswahl 2004 auf 9,2 Prozent, gaben fünf Jahre später nur noch 5,6 Prozent der Wähler der NPD ihre Stimme. Mit massiven Verlusten konnte sie jedoch erneut in den Landtag einziehen.

Seitdem gab es [insgesamt fünf Umfragen zur Landtagswahl](#), von denen die NPD lediglich bei einer Befragung die erforderliche Fünf-Prozent-Hürde nehmen konnte. In der aktuellen Umfrage würden lediglich drei Prozent das Kreuz bei der NPD machen, somit wären die Rechtsextremen nicht mehr im sächsischen Landtag vertreten.

Die jetzige Koalition aus CDU und FDP wäre zerbrochen. Die FDP fällt von zehn auf nur noch zwei Prozent, eine Koalition wäre somit nicht mehr möglich.

Nutznießler ist die Piratenpartei, die 2009 auf lediglich 1,9 Prozent kam, laut aktueller Umfrage würden sich jedoch acht Prozent der Wähler für die Piraten entscheiden.

(http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=6547:wahlumfrage-mpd-sachsen-fliegt-aus-landtag&Itemid=840)

19.10.2011

Dresden 2012 – alles beim Alten?

Verfasst von [Oliver Cruzcampo](#)

Schon jetzt laufen die Vorbereitungen des Aktionsbündnisses „Dresden nazifrei“ für den erneut von freien Kräften geplanten „Trauermarsch“ in Dresden. Aus beiden Lagern liegen bereits Anmeldungen vor – bisher spricht vieles für eine Wiederholung der letzten beiden Jahre.

Schon jetzt liegen für den kommenden Wintermonat einige Anmeldungen für Demonstrationen und Kundgebungen in der Dresdner Altstadt vor. Wie die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet, gebe es für den 13. Februar 2012 insgesamt sechs Anmeldungen, für den darauffolgenden Samstag zwei. Aus dem rechten Lager kämen dabei drei der vorliegenden Anmeldungen, so ein Sprecher der Stadt.

Das Dresdner Bündnis „Dresden nazifrei“ hat vor einer Woche eine erste Aktivierungskonferenz in der TU Dresden durchgeführt – 250 Personen erschienen zu dem ersten Termin. Dabei verständigte man sich auf einen erneuten Blockadeversuch. „Von uns geht dabei keine Eskalation aus“, heißt es aber auch in dem Aktionskonsens.

Die geglückte Blockade am 19. Februar wurde seinerzeit überschattet von Ausschreitungen Linksextremer, insgesamt wurden über 80 Polizeibeamte verletzt. „Linke liefern sich Straßenschlachten mit der Polizei“, lautete etwa die Überschrift eines Spiegel-Artikels, viele weitere Leitmedien berichteten an jenem Tag aus Dresden. Der eigentliche Anlass – die Instrumentalisierung des geschichtsträchtigen Tages durch Neonazis zu verhindern – wurde allenfalls am Rande erwähnt.

Auch im sächsischen Landtag wird das Thema derzeit kontrovers diskutiert. Der Abgeordnete Christian Hartmann kündigte an, dass die Christdemokraten bereit für Gespräche wären. Das Ziel: Man will die verhärteten Fronten im Streit um die Proteste aufbrechen. Die CDU würde künftig Proteste „in Sicht- und Hörweite zu den Rechtsextremen“ begrüßen.

Der sächsische Fraktionschef der FDP, Holger Zastrow, erntete für folgende Aussage hingegen reichlich Kritik: „Die CDU darf linken Kräften nicht auf den Leim gehen, die gewalttätigen Extremisten einen politischen Schutzschirm aufspannen und ihnen ein demokratisches Deckmäntelchen umhängen.“ Zastrow lehnte eine Kooperation mit den Linken auf Demos strikt ab.

Im rechten Lager grübelt man unterdessen seit Monaten, wie eine erneute Pleite verhindert werden kann. Der wichtigste Termin im Kalender vieler Neonazis endete zum zweiten Mal in Folge mit Massenblockaden. Vom „Trauermarsch“ mit vielen Tausend Rechtsextremen, die wie vor wenigen Jahren noch weitestgehend ungestört durch das Dresdner Zentrum marschieren konnten, kann keine Rede mehr sein.

Zu der erneuten Niederlage haben mehrere Faktoren beigetragen. Zum einen hat sich das „Dresden nazifrei“-Bündnis zu einem überregional agierenden Netzwerk entwickelt, das auf bewährte Strukturen zurückgreifen kann und sich der Unterstützung Dutzender Vereine, Organisationen und Einzelpersonen sicher ist. Auch die Zahl der Gegendemonstranten ist massiv gestiegen: Über 20.000 Personen beteiligten sich an den Gegenprotesten, blockierten etliche Kreuzungen und Plätze auf der geplanten Route der Neonazis. Letztendlich führte auch die zu geringe Anzahl vor Ort eingesetzter Polizisten dazu, dass statt mehreren Märschen nur eine größere Kundgebung abgehalten wurde. Man hätte schlichtweg nicht für die Sicherheit der Teilnehmer aus dem rechten

Lager bürgen können.

Zum aktuellen Zeitpunkt deutet wenig darauf hin, dass sich im kommenden Jahr der Verlauf des 13. Februar grundlegend zugunsten der Rechtsextremen verändern wird, da die Durchführung des „Trauermarsches“ auch immer von externen Faktoren abhängt. Zudem ließ das Bündnis „Dresden nazifrei“ verlauten, dass so lange protestiert und blockiert werde, bis es in Dresden keine Naziaufmärsche mehr gebe.

(http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=6551:dresden&Itemid=376)

24.10.2011

"Ein Sprachenbastard erster Güte"

In Sachsen will die NPD Anglizismen verbieten. Wortgewandt entlarvt der grüne Landtagsabgeordnete Jennerjahn daraufhin die Lächerlichkeit ihres Antrags.

von LALON SANDER

BERLIN *taz* | "Die ideologische Prinzipienlosigkeit der NPD in Fragen der Reinrassigkeit unserer Sprache spottet doch jeder Beschreibung", stichelte Miro Jennerjahn (Grüne) im sächsischen Landtag als Antwort auf einen Antrag der rechtsextremen Partei mit dem Titel "[Deutsch statt 'Denglisch'](#)".

"Wer Anglizismen wie Download aus germanischem Pflichtbewusstsein abscheulich findet, muss sich vor Augen führen, dass wir es hier mit ursächlicher Sprachpflege zu tun haben." Das Wort leite sich nämlich von den urgermanischen Worten für Hügel und Weg ab.

In ihrem Antrag hatte die rechtsextreme NPD gefordert, die sächsische Landesregierung solle künftig in allen Texten Anglizismen durch deutsche Wörter ersetzen. Taktisch geschickt bezog sich der Antrag auf eine [ähnliche Initiative durch Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer \(CSU\)](#), der ein Handbuch für sein Ministerium erstellt hatte um in seinem Ministerium Anglizismen einzudeutschen. Seitdem gibt es im Verkehrsministerium nur noch "Auftaktveranstaltungen" statt "Kick-Off Meetings".

Entsprechend schwer fiel es auch dem sächsischen CDU-Innenminister Markus Ulbig, sich deutlich vom NPD-Antrag zu distanzieren. Zunächst begrüßte er Ramsauers Initiative und argumentierte, ein solcher Antrag sei gar nicht notwendig, denn die Amtssprache in Sachsen sei ja bereits Deutsch.

Erst im letzten Absatz kam die wirkliche Entgegnung gegen die Rückschrittlichkeit der Neonazis: "Deutsch ist als lebendige Sprache ständig Einflüssen und Veränderungen unterworfen und entwickelt sich fort. [...] Begriffe wie Internet oder Laptop entsprechen dem allgemeinen Umgangswortschatz."

Jennerjahns Rede ist ein humorvoller und informierter Ausflug durch die vielfältige Geschichte der deutschen Sprache, deren Worte unter anderem aus dem Lateinischen, Französischen, Sorbischen und eben auch Englischen stammen. Zwischendurch verspottet der Grünen-Abgeordnete die NPD: Wer wirklich zu den Ursprüngen der deutschen Sprache zurückkehren wolle, müsse die Sprachen der Angeln und Sachsen akzeptieren, Englisch eben.

"Ich verstehe auch nicht, dass die NPD das Lehnwort 'Feuer' nicht vehement ablehnt. Es stammt vom altfränkischen 'fiur' ab und hat das altsächsische und damit so germanische 'eldund' [...] gnadenlos abgelöst", witzelt Jennerjahn. Schließlich seien Neonazis wegen der vielen Fackelumzüge und Brandanschläge doch elementar auf das Wort angewiesen.

(<http://www.taz.de/Video-Deutschunterricht-fuer-die-NPD!/80514/>)

Zurück in die 90er – Skinhead-Front Dortmund-Dorstfeld

Von [Micha Neumann](#) 24. Oktober 2011 um 16:42 Uhr

In den letzten Wochen und Monaten machte in Dortmund die Neonazigruppe Skinhead – Front Dortmund – Dorstfeld mit brutalen Angriffen auf sich aufmerksam. Es war nicht das erste Mal, dass die Gruppierung durch Gewalttaten auffiel. Ungewöhnlich ist, dass die Skinhead-Front auftritt wie es bislang nur aus den 80er und 90er Jahren von Naziskins bekannt war. Bomberjacken, Springstiefel und kahlrasierte Köpfe sind heute auf Naziaufmärschen sonst kaum noch zu sehen.

In der Nacht zum 26. September wird ein Schwarzafrikaner von Neonazis im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld von zwei Neonazis erst rassistisch beleidigt und danach mit einem Messer und Pfefferspray angegriffen. Dass das Opfer nur Kratzwunden erleidet, ist dem Eingreifen von zwei Passanten zu verdanken. Nur eine Woche darauf nimmt die Polizei zwei Neonazis vorübergehend fest. Das Duo hatte zuvor einen Türsteher mit einem Messer bedroht und während der Flucht unter „Sieg Heil“-Rufen den Hitlergruß gezeigt, nachdem der Türsteher den Beiden den Zutritt zu einem Konzert in Dorstfeld untersagte. Die beiden Männer, die bei der Tat unter starkem Alkoholeinfluss standen, sind dem Staatsschutz gut bekannt. Die beiden Fälle stellen die jüngsten Taten von Dortmunder Neonazis dar, schon zuvor ereigneten sich in der Ruhrgebietsstadt ähnliche Übergriffe, bei denen die Täter ebenfalls dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind.

Laut Polizeimeldungen handelt es sich offenbar bei den Tätern in beiden Fällen um Naziskins, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in der „Skinhead – Front Dortmund – Dorstfeld“ organisiert sind. Die Gruppe gründete sich 2004 und definiert sich selber als „Freie Kameradschaft“. Zum harten Kern gehören rund 15 Personen, dazu kommt ein größeres Umfeld von Sympathisanten. Im Gegensatz zu den modischen und inhaltlichen Wandlungen der Neonaziszene, die mit dem Auftreten des Phänomens der „Autonomen Nationalisten“ einher gingen, orientiert sich die Skinhead – Front noch zum größten Teil an dem klassischen Auftreten von Skinheads in den 90er Jahren – mit Glatze, Bomberjacken und Springerstiefeln. Die Mehrzahl der Anhänger der Skinhead – Front wohnt im Bereich des Steinauweg in Oberdorstfeld. Der im Westen Dortmunds gelegene Stadtteil ist schon seit vielen Jahren als Nazihochburg bekannt – auch die Mitglieder der Neonazigruppe „Nationaler Widerstand Dortmund“ wohnen dort. An vielen Straßenlaternen hängen hier Aufkleber mit der Aufschrift „Dorstfeld bleibt Deutsch“, darunter ist ein Paar Springerstiefel abgebildet. Die Wohnungen, in denen sich die Anhänger der Skinhead – Front angesiedelt haben, gehören der Dortmunder Gesellschaft für Wohnen mbH (DOGEWO). Zwar wurde das Unternehmen schon öfter dafür kritisiert, dass es Neonazis Wohnraum anbietet, reagiert hat man darauf aber nicht. So können sich Neonazis in Dorstfeld ungestört eine rechte Wohn – und Lebenskultur aufbauen.

Die Skinhead – Front fällt allerdings nicht durch eigenständige politische Aktivitäten auf. Zwar kandidierten einzelne Mitglieder der Skinhead – Front, zum Teil auch erfolgreich, für die örtliche DVU, aber selbst organisierte Aktionen, welche über die Teilnahme an Naziaufmärschen oder Rechtsrock – Konzerten hinaus gehen, sind bisher nicht erkennbar. In Erscheinung tritt die Gruppe hingegen meist durch politisch motivierte Gewalttaten, die von Mitgliedern der Skinhead – Front verübt werden: Am Ostermontag 2005 wird der Punk Thomas Schulz von einem Neonazi in einer Dortmunder U-Bahn Haltestelle erstochen. Der damals 17 – jährige Täter, Sven Kahlin, war zu dem Zeitpunkt Mitglied der Skinhead – Front und ist auch nach seiner Haftentlassung im letzten Jahr dort wieder aktiv geworden. Im Februar 2009 greifen mehrere Neonazis an einer Chemnitzer Raststätte eine Gruppe von Busreisenden an, welche sich auf dem Weg zu einer Demo gegen den jährlich in Dresden stattfindenden Naziaufmarsch befinden. Auf einem während des Angriffs geschossenen Foto, das nach dem Vorfall durch die Medien ging, ist ein prügelnder Nazi zu erkennen, auf dessen Bomberjacke eindeutig die Aufschrift „Skinfront Do – Dorstfeld“ zu lesen ist. Ende des Jahres 2010 überfallen Neonazis die alternative Dortmunder Kneipe „Hirsch – Q“ und fügen dabei einem Gast Stichwunden zu. Die Tat sorgt bundesweit für großes Aufsehen. Durch die Überwachungsvideos, aufgezeichnet von Kameras der Kneipe, lassen sich einige Täter der

Skinhead – Front zuordnen. Ebenfalls am Angriff beteiligt: Der verurteilte Mörder Sven Kahlin.

Obwohl auf dem Video eindeutig bekannte Neonazis als Täter identifiziert wurden, bleiben konkrete Ermittlungsergebnisse der Dortmunder Staatsanwaltschaft bisher aus. Antifaschistische Gruppen kritisieren das Vorgehen der Ermittlungsarbeiten schon seit längerer Zeit. Sie befürchten, dass es zu einer Verschleppung des Verfahrens kommen und die Täter straffrei bleiben könnten. Im Sommer dieses Jahres veröffentlichte das Dortmunder – Antifabündnis eine [detaillierte Analyse des Videos](#), in der Hoffnung, Druck auf die Staatsanwaltschaft erzeugen zu können. „Wir wollen klar machen, dass es durchaus Beweise gibt, dass die Polizei längst hätte ermitteln können, wer vor Ort war, als beinahe ein Mensch erstochen wurde“, schreibt das Bündnis in einer Pressemitteilung.

Doch solange die Skinhead – Front Dortmund – Dorstfeld für ihre Taten nicht juristisch belangt wird, kann sie weiterhin frei agieren. Die Übergriffe in der jüngsten Zeit zeugen von der Gefahr, die von der Neonazigruppe ausgeht. Es bleibt daher abzuwarten, ob Stadt und Justiz gegen die Aktivitäten der Skinhead – Front erfolgreich vorgehen können oder es weiterhin für die Neonazis möglich sein wird, sich in Dorstfeld eine breite Basis zu schaffen und den Stadtteil zu einer „No-go-Area“ für Migranten und Andersdenkende zu machen.

(http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/10/24/zuruck-in-die-90er-die-skinhead-front-dortmund-dorstfeld_7365)

25.10.2011

Rabiate Polizeirazzia nach dem 19. Februar war auf ganzer Linie rechtswidrig

dpa/sl

Dresden. Die rabiate Polizeirazzia gegen vermeintliche Linksextreme nach den Neonazi-Aufmärschen am 19. Februar in Dresden war auf ganzer Linie rechtswidrig. Nachdem Dresdner Amtsrichter bereits die Durchsuchung eines Anwaltsbüros sowie eines Parteibüros der Linken und die erkenntnisdienliche Behandlung zweier Mitarbeiter als „rechtswidrig“ einstufte, gab es dieses Urteil (AZ:270 Gs 3762/11) nun auch für die Durchsuchung einer Privatwohnung in dem Gebäude.

„Das Vorgehen der sächsischen Strafverfolgungsbehörden war ein Akt der Willkür und hat geltendes Recht in gravierender Weise verletzt“, erklärte Linken-Stadtrat und Anwalt André Schollbach am Dienstag. „Es wäre zu begrüßen, wenn die sächsischen Strafverfolgungsbehörden die Entscheidungen des Gerichts zum Anlass nehmen würden, dem Rechtsstaatsprinzip künftig die angemessene Aufmerksamkeit zukommen zu lassen“, formulierte Schollbach weiter. Der Anwalt hatte auch für die Mieterin der Wohnung, ein Mitglied der Linken, die Rechtmäßigkeit der Durchsuchung gerichtlich klären lassen.

Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft hatten am Abend der Demos des 19. Februars 2011 das „Haus der Begegnung“ in der Großenhainer Straße in Dresden durchsuchen lassen. Die SEK-Kräfte waren dabei aber äußerst rabiat vorgegangen. Die Polizisten hatten das Gebäude gestürmt, zahlreiche Türen eingetreten und unter anderem die Geschäftsstelle der Linkspartei sowie eine Anwaltskanzlei durchsucht. Ziel des Einsatzes war das "Finden und ausschalten" einer Koordinierungsstelle für Gewaltstraftaten gegen Polizisten an diesem Tag.

Nach Angaben der Linken drangen etwa 120 verummte Beamte in das Gebäude ein, nachdem die Haupteingangstür mit einer Kettensäge zerlegt wurde. 20 Personen mussten eine Nacht in Polizeizellen verbringen. Mobiltelefone, PC und Laptops wurden beschlagnahmt. Beim Einsatz entstand ein Sachschaden von mehr als 5600 Euro. Die Betroffenen bekamen ihn ersetzt.

Das Vorgehen der Beamten hatte von Anfang an scharfe Kritik ausgelöst. Zudem stellte sich kurze Zeit später heraus, dass auf dem Durchsuchungsbefehl eine falsche Adresse gestanden hatte. Die Staatsanwaltschaft sprach von einem Formfehler, der nicht zur Rechtswidrigkeit des Einsatzes führe.

<http://nachrichten.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/rabiate-polizeirazzia-nach-dem-19-februar-war-auf-ganzer-linie-rechtswidrig/r-mitteldeutschland-a-111087.html>